

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Auf Einladung des chinesischen Außenministers Chi P'eng-fei hat Bundesaußenminister Walter Scheel vom 10. bis 14. Oktober China besucht. Am 11. wurde das Gemeinsame Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der VRCh unterzeichnet. Der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai erklärte im Gespräch mit Scheel am 12. Oktober, daß China die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO unterstützen werde. Nach seiner Rückkehr teilte Scheel am 16. Oktober vor der Presse mit, daß der chinesische Außenminister, Chi P'eng-fei, im kommenden Jahr der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstatten werde. Gleichzeitig kündigte er an, beide Regierungen wollten "noch innerhalb der nächsten Wochen" Geschäftsträger ernennen, die als Bevollmächtigte den für Ende ds. Js. angekündigten Botschafteraustausch vorbereiten sollen. Beide Seiten haben nach den Worten des Bundesaußenministers den Eindruck, daß der Wirtschaftsaustausch erweitert werden könne. Da bilaterale Handelsverträge von EWG-Mitgliedstaaten am 31. Dezember 1974 ausliefen und zudem am 1. Januar nächsten Jahres die Zuständigkeit für Handelsverträge an die Brüsseler Behörden falle, sei der Abschluß eines bilateralen Handelsvertrages zwischen Bonn und Peking, den China vorziehe, nur noch in diesem Jahr möglich. Verhandlungen über ein Luftlinienabkommen würden auch bald beginnen. China habe im übrigen auch großes Interesse an Gesprächen über das Farbfernsehen (PAL-System). Ferner werde eine chinesische Journalisten-Delegation in Kürze nach Bonn kommen (vgl. Themen des Monats "Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Bonn-Peking).

(2) Liste der Scheel-Delegation

Zur offiziellen Begleitung Außenminister Scheels nach Peking gehörten: Rüdiger Freiherr von Wechmar (Stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung), Günther van Well (Leiter der Dritten Abteilung des Auswärtigen Amtes), Max Graf Podewils (Leiter des Protokolls im Auswärtigen Amt), Dr. Peter Hermes (Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes), Dr. Guido Brunner (Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes), Gerd Berendonck (Leiter der Abteilung Südostasien des Auswärtigen Amtes), Prof. Dr. Wolfgang Franke (Berater), Dr. Hanspeter Hellbeck (Leiter der Abteilung Ostasien des Auswärtigen Amtes), Dr. Hans-Joachim Hallier (Chef des Ministerbüros des Auswärtigen Amtes), Hermann Huber (Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes), Dr. Wilhelm A. Thönnies (zuständiger Beamter des Auswärtigen Amtes für China) und Frau Ute Gareis (Dolmetscherin).

(3) Erwin Wickert, Botschafter in Peking?

Erwin Wickert, der derzeitige Botschafter in Rumänien, soll nach Spekulationen, die in Bonn zirkulieren, erster Nachkriegsbotschafter Deutschlands in China werden. Er ist einer der zehn Angehörigen des höheren Dienstes im Auswärtigen Amt, die der chinesischen Sprache kundig sind. Bereits 1964 hatte Wickert in Bern an den Gesprächen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen teilgenommen (FAZ 11.10.).

Wickert, der als junger Diplomat schon während des Krieges in Ostasien eingesetzt war, hat u.a. das Buch "Der Auftrag" geschrieben, das in der dtv-Reihe erschienen ist und ein Thema aus der Zeit des Taiping-Aufstandes behandelt.

(4) Deutsche Touristen nach China?

Nachdem die von mehreren deutschen Reisebüros angekündigten Touristenaufenthalte in der VRCh bisher nie wirklich stattfanden, hat ein Reisebüro in Hannover wieder einmal Touristenreisen nach China für das nächste Jahr angekündigt. Die Firma "Fröhlich-Reisen" führt gegenwärtig Verhandlungen mit dem staatlichen chinesischen Reisebüro Lüxingshe, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden sollen (FAZ 20.10.).

(5) Joachim Schickels China-Bild in der Schweiz unerwünscht

Die bereits 1971 durch den NDR ausgestrahlte China-Sendung des für Peking eintretenden Redakteurs Joachim Schickel ist vom UKW-Programm des Schweizer Radios vorläufig abgesetzt worden. Der Abteilungsleiter der Rundfunkanstalt bezeichnete die Sendung, nachdem der erste Teil bereits gelaufen war, als in Form und Inhalt für schweizerische Hörer unzumutbar. Schickel ist mit mehreren lyrisch-propagandistischen China-Reiseberichten und journalistischen Studien hervorgetreten, unter anderem auch mit einer Übersetzung der Gedichte Mao Tse-tungs (FAZ 20.10.).

Westeuropa

(6) Peking und die EWG

Die Gipfelkonferenz der erweiterten Europäischen Gemeinschaft ist von Peking wie erwartet kommentiert worden: Sie habe die Entschlossenheit gezeigt, ein unabhängiges Europa zu schaffen, das sich von der Kontrolle der beiden Supermächte freimacht. In der Wochenzeitschrift des sowjetischen Außenministeriums "Neue Zeit" sind solche Stellungnahmen der Chinesen äußerst polemisch kommentiert worden. Die EWG sei zum Sprungbrett für China geworden, denn eine durch die neuen Mitglieder erweiterte EWG werde den chinesischen Außenhandel um das Ein- einhalbfache ansteigen lassen, nachdem der jetzige Umfang des Handels mit der Gemeinschaft sich auf ein Siebtel des chinesischen Außenhandels beläuft. Die Zeitschrift verurteilt mit Nachdruck ein derartiges Bündnis Chinas mit dem kapitalistischen Westeuropa, das sich automatisch gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder richte (NZZ 21.10., 25.10.).

(7) China für Entspannung in Europa

Es wird allgemein vermutet, daß Peking die Fortdauer der Konfrontation der USA mit der Sowjetunion in Europa wünscht, weil eine Verminderung des amerikanischen Engagements in Europa Moskau in die Lage versetzen könnte, sich an der Westfront Erleichterung zu verschaffen und die Ostfront gegen China zu verstärken. Im Gegensatz zu dieser These hat der chinesische Chefdelegierte auf der 27. UNO-Vollversammlung, der Stellvertretende Außenminister Ch'iao Kuan-hua, in seiner allgemeinen Rede vom 3. Oktober den Abzug aller fremden

Truppen aus Europa sowie die Aufhebung der Militärblöcke in Europa gefordert. Ferner befürwortet China die gleichberechtigte Teilnahme aller europäischen Staaten an der geplanten europäischen Sicherheitskonferenz.

GROSSBRITANNIEN

(8) Britischer Außenminister in Peking

Seit dem 29. Oktober hat sich der britische Außenminister, Sir Alec Douglas-Home, für fünf Tage in der Volksrepublik aufgehalten. Es ist der erste Besuch eines britischen Außenministers nach dem Kriege. Großbritannien hatte im Januar 1950 die neue chinesische Regierung de facto anerkannt, jedoch mit China nur Geschäftsträger austauschen können, weil London in Peking und Taipei eine Art Zwei-China-Politik betrieb mit einem Geschäftsträger in Maos Hauptstadt und einem Konsul in der "Provinz Taiwan". Nach dem Übereinkommen im März 1972, Botschafter auszutauschen, und der Auflösung des britischen Konsulats in Taiwan (März 72) hat sich das sino-britische Verhältnis erheblich verbessert. Einziges politisches Problem zwischen beiden Staaten, das in abschbarer Zeit auf eine Lösung drängt, bleibt Hong Kong. Pekings Interesse an einer Statusveränderung dürfte gering sein, denn 40% von Chinas harter Auslandswährung, rd. 300 Mio. Pfund im Jahr, sind der Erlös aus Exporten nach Hong Kong. Alternative zu einer Wiedereingliederung der Kronkolonie wären erneute Verhandlungen über den 1998 ablaufenden Pachtvertrag der Hong Konger New Territories. In einem Interview (The Times 23.10.) hatte Chou En-lai bereits vor Home's Besuch zu diesem Problemkomplex Stellung genommen und betont, nun - wo volle diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern beständen - würde Großbritannien selbstverständlich zu gegebener Zeit zu verhandeln haben. Im Augenblick sei jedoch diese Frage noch nicht akut.

Die Lösung des Vietnam-Konfliktes stand neben der Diskussion um die politische Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft im Mittelpunkt. Douglas-Home und sein chinesischer Kollege Chi P'eng-fei meldeten deutlich das Interesse Chinas und Großbritanniens an, als Teilnehmer an einer eventuellen internationalen Konferenz über Indochina aufzutreten (IHT 30.10.). Der Handel zwischen beiden Ländern hat bisher nur ein bescheidenes Volumen von 60-70 Mio. Pfund im Jahr. Durch Chinas Kauf von 12 Trident-Passagier-Flugzeugen ist er intensiviert worden; die Chinesen zeigen außerdem Interesse an britischen Lastwagen-, Kunstfaser- und Düngemittelfabriken. Der Korrespondent der FAZ, Ulrich Grudinski, hat den Eindruck gewonnen, daß China nicht von Frankreich und der BRD, sondern von Großbritannien die führende Rolle in der EWG erwartet. Ein Grund dafür sei der weltweite Einfluß, den Großbritannien besonders in den Commonwealth-Ländern, aber auch in der übrigen "Dritten Welt" habe.

(9) Korrespondent der "Times" in Peking

Nachdem bereits die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ein Korrespondentenbüro in Peking eröffnet hat, wird nun auch die Londoner "Times" diesem Beispiel folgen. Zum Korrespondenten wird der 32jährige David Bonavia ernannt, der bis zum Mai vorigen Jahres in Moskau akkreditiert war, dort jedoch wegen seines Engagements für die sowjetischen Juden zur persona non grata erklärt wurde (IHT und Le Monde 7.10.).

Bonavia ist der erste Korrespondent der "Times" nach einer Zeit des Vakuums von 34 Jahren. Der letzte Korrespondent des englischen Blattes war Colin MacDonald,

der Peking 1938 verließ.

Der bekannteste aller "Times"-Journalisten war George Morrison, bekannt als "Morrison of Peking", der zwischen 1897 und 1912 in der chinesischen Hauptstadt wirkte. Dieser Korrespondent war so berühmt, daß Lord Kitchener, der 1909 China besuchte, lediglich zwei Personen dort treffen wollte: den "Regenten" und Dr. Morrison.

Morrison, ein Mann von geballter Energie, besuchte jede Provinz Chinas mit Ausnahme von Tibet, Auf einer seiner Reisen legte er die 3750 Meilen von der Provinz Honan bis nach Russisch-Turkestan in 175 Tagen zurück. Im Jahre 1900 nahm er an der Verteidigung der britischen Gesandtschaft gegen die "Boxer" teil. Fälschlich für tot erklärt, konnte er seinen eigenen Nachruf in der "Times" lesen (Times, 4.10.).

So unbegrenzte Möglichkeiten, wie sie Morrison noch um die Jahrhundertwende vorfand, werden seinem heutigen Nachfolger Bonavia wohl kaum offenstehen.

ITALIEN

(10) Schiffsabkommen VRCh - Italien

China baut nicht nur sein Flugliniennetz nach Kanada, Afrika und Europa aus, sondern ist in letzter Zeit auch dabei, Schiffsabkommen abzuschließen. Nachdem bereits eine gemeinsame chinesisch-ceylonische Schiffslinie gegründet wurde, haben die Chinesen am 7. Oktober mit Italien ein Abkommen über den Seeverkehr unterzeichnet, das von der Agentur "Hsinhua" als "Beitrag zur Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit auf dem Sektor der Marine zwischen beiden Ländern" gewertet wird.

SAN MARINO

(11) Besuch des Außenministers von San Marino in Peking

Durch den Empfang der Regierungsdelegation von San Marino demonstrierte Peking nochmals sein außenpolitisches Prinzip der "Gleichberechtigung aller Staaten, ob groß oder klein". San Marino hat am 6. Mai 1971 diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen. Sein Außenminister Giancarlo Ghironzi besuchte vom 5. bis zum 13. Oktober die VRCh. Auf dem Bankett zu Ehren Giancarlo Ghironzis lobte der chinesische Außenminister die Tapferkeit San Marinos im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit in seiner langen Geschichte als lebendigen Beweis dafür, daß selbst ein noch so kleines Land den Sieg erringen könne, sofern es nur am Kampf festhalte. Auch der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai empfing die Delegation aus dem "Zwergstaat".

SPANIEN

(12) Diplomatische Beziehungen mit Spanien?

Der drive der außenpolitischen Offensive Pekings hat nun auch Kontakte zu Madrid möglich gemacht: In der spanischen Hauptstadt verlautete, daß Vorgespräche über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen vom spanischen Generalkonsul in der britischen Kronkolonie Hong Kong geführt würden. Da eine solche Entwicklung den Abbruch der diplomatischen Be-

ziehungen Spaniens mit Taiwan voraussetzt, würde Formosa damit seine letzte diplomatische Zentrale in Europa verlieren, von der aus im Augenblick Paß- und Visumfragen der Taiwan-Chinesen für ganz Europa geregelt werden (Die Welt, 19.10., Radio Budapest 18.10.).

Sowjetunion und Osteuropa

SOWJETUNION

(13) Grenzverhandlungen UdSSR - VRCh

Am 30. September meldete der "Observer", daß Leonid Iljitschew, der Chefunterhändler Moskaus für chinesisch-sowjetische Grenzprobleme, und der sowjetische Botschafter Wassilij Tolstikow mit den Chinesen zu einer Grenzübereinkunft gekommen seien. Das Abkommen schließe territoriale Konzessionen der Sowjets an die Chinesen im Bereich des Ussuri ein und werde möglicherweise auch eine Klausel über Nichtangriff enthalten (in diesem Sinne auch CSM 2.10.).

Für einen Augenblick glaubten die Beobachter, den Flügelschlag der Geschichte zu vernehmen; in der Tat hätte ein solches Übereinkommen nicht weniger bedeutet als die Einstellung eines nun schon 12 Jahre alten Streits, der mit zu den wichtigsten Barrieren einer chinesisch-sowjetischen Wiederannäherung gehört.

Bereits am 3.10. aber machte ein schroffer Kommentar aus Moskau all diesen Überlegungen ein Ende: Der Bericht sei "Unsinn". "Unsere Haltung ist gut bekannt, seit sie auf dem 24. Parteitag 1971 dargelegt wurde" (dpa/UPI 3.10.).

Die Grenzverhandlungen, die am 20. Oktober 1969 begonnen haben und seitdem schleppend weitergegangen sind, werden also vermutlich noch lange andauern, ehe wenigstens ein halbwegs befriedigender Kompromiß erreicht ist. Die Chinesen verlangen ja bekanntlich von der Sowjetunion das Eingeständnis, daß sie 1,5 Mio. qkm lediglich aufgrund von sog. "ungleichen Verträgen" besäßen, die im 19. Jahrhundert abgeschlossen worden waren. Diese ungleichen Verträge sollten durch gleiche ersetzt werden, wobei Peking bereit ist, den bisherigen Besitzstand im großen und ganzen zugunsten der Sowjetunion bestehen zu lassen. Allerdings müßten gewisse Grenzkorrekturen vorgenommen werden. Für die Chinesen gibt es also nach wie vor eine Grenzfrage. Die Sowjetunion dagegen leugnet die Existenz von Grenzproblemen. Es sei doch alles schon lange durch die Geschichte besiegelt worden.

ALBANIEN

(14) Prochinesische KP Polens arbeitet von Albanien aus

Parteichef Gierek erklärte unlängst kurzerhand, die unbequeme illegale kommunistische Partei Polens habe sich selbst aufgelöst. Der Führer der Untergrundpartei, Kazimierz Zmijal, der noch in der Gomulkazeit nach Albanien flüchtete, hat von Tirana aus sofort Protest erhoben. Die maoistische Exil-Partei, die in Tirana eine "Rote Fahne" herausgibt und nach Polen schmuggelt, ist ein weiterer Stein in Pekings propagandistischer Unterwandungsstrategie in Osteuropa.

Während von Tirana aus sich die polnische Exil-Stimme

erhebt, die dem Gierek-Regime nationalen Ausverkauf gegenüber Moskau und arbeiterfeindliche Zielsetzung einer neuen bürokratischen Klasse vorwirft, hat sich das offizielle Polen in der sino-sowjetischen Auseinandersetzung auf die Seite der lautstark den Moskauer Standpunkt teilenden Länder geschlagen. Polens antichinesische Propaganda hat sich sowohl im Umfang wie in der Schärfe dem Vorbild der DDR und der Tschechoslowakei angepaßt (NZZ, 21.10.).

Nordamerika

KANADA

(15) Chinesisch-Kanadisches Luftfahrtsabkommen

Nach Verhandlungen in Ottawa haben sich Kanada und die Volksrepublik China auf ein Grundsatzabkommen über die Errichtung einer direkten Luftfahrtslinie zwischen beiden Ländern geeinigt. Es wird mit etwa zwei Flügen pro Woche in beiden Richtungen gerechnet (C.a. Sept. 72, S.12). (NZZ 21.10.)

(16) Chinesische Ärztedelegation in den USA

Eine Delegation von zehn chinesischen Ärzten wurde am 15.10. von Präsident Nixon im Weißen Haus empfangen - das erste Ärzteteam in den USA seit über 20 Jahren. Delegationschef Wu Wei-jan hatte seinerzeit J.B. Reston von der "New York Times" in Peking operiert. Auf der dreiwöchigen Informationsreise haben die chinesischen Ärzte das Nationale Krebsforschungsinstitut in Bethesda, Maryland, besucht und an Herzoperationen am Montefiore-Krankenhaus in New York teilgenommen (IHT 16., 19.10.). Die Volkszeitung berichtete unterdessen von neuen chirurgischen Erfolgen: Einer Frau, die auf dem Weg zur Arbeit von einem Zug erfaßt worden war und der dabei das rechte Bein und der linke Fuß verstümmelt wurden, ist der rechte Fuß an das linke Bein verpflanzt worden (IHT, 16.10.71).

Afrika

ÄGYPTEN

(17) 80 Mio. US Dollar-Anleihe in Peking

Die VRCh hat Ägypten eine Anleihe in Höhe von 80,5 Mio. Dollar zum Bau von insgesamt 15 Fabriken gewährt. Die Anleihe ist zinslos, die Laufzeit beträgt 20 Jahre. China wird Fachleute und Material nach Ägypten schicken. Außerdem berichtete die ägyptische Presse, daß gegenseitige Besuche auf höchster Ebene und weitere Konsultationen vereinbart worden seien.

Peking hat also auf den Teilabzug Moskaus aus Kairo schnell reagiert und damit seinen ersten größeren Schachzug gegen Moskaus Mittelmeerstrategie nun auch in Ägypten gemacht (vgl. C.a. Juli 72, 'Hat China Chancen in Ägypten?')

Asien

INDIEN

(18) Neue Kontakte?

Ermutigende Worte über die zukünftige Entwicklung der jahrelang eingefrorenen Beziehungen zwischen Indien und China hat der indische Außenminister Swaran Singh in einem Interview für die japanische Zeitung "Nihon Keizai Shimbun" gefunden. Zwar könnten die Beziehungen gar nicht schlechter werden, es sei jedoch eine gewisse Verbesserung zu erwarten. Gespräche auf Botschafterebene seien möglich, und ein Austausch von Botschaftern dürfte nicht schwierig sein. Singh verwies auf bereits bestehende Kontakte (C.a. August 72, S.5) und betonte, es bedürfe keiner Vermittlung durch dritte Länder.

INDONESIEN

(19) Diplomatische Beziehungen gewünscht

Während Präsident Suharto sich noch im August auf den Standpunkt stellte, von indonesischer Seite stehe grundsätzlich einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen nichts im Wege, alles hänge von der chinesischen Haltung ab, während Außenminister Malik im Vormonat noch drei Vorbedingungen formulierte, die vor allem die Einstellung von Pekings Unterstützung für Indonesiens KP forderten, scheint Djakarta es jetzt eiliger mit Verhandlungen zur Aufnahme von Beziehungen zu haben als die VRCh (C.a. Sept. 72, S.5). Einmal begrüßte Suharto Japans neue China-Politik und lud Ministerpräsident Tanaka zu einem offiziellen Besuch nach Indonesien ein (Radio Japan, 17. 10.), zum anderen erklärte der stellvertretende Präsident des Abgeordnetenhauses in Djakarta, Domo Pranoto, verantwortlich für Verteidigung, Sicherheit und Auswärtige Angelegenheiten, es sei für Indonesien höchste Zeit, diplomatische Beziehungen wiederaufzunehmen. Außerdem seien die indonesischen UNO-Vertreter in New York und Genf von Außenminister Adam Malik zur Aufnahme von Kontakten mit den chinesischen Vertretern ermächtigt (Antara engl., 12.10.). Obgleich also inzwischen Präsident Suharto, Außenminister Malik und andere führende politische Kreise der Regierungspartei auf Normalisierung der im Jahre 1967 eingefrorenen Beziehungen drängen, ist Vorsicht auf dem glatten Parkett der Nationalitätenpolitik geboten. Suharto muß mit der inneren Opposition vor allem in den Reihen der mächtigen Sicherheitsbehörden und zahlreicher Gruppen aus Nationalisten, radikalen Islam-Kreisen, Intellektuellen und opponierenden Offizieren rechnen. Von ihnen wird nach dem fehlgeschlagenen kommunistischen Staatsstreich von 1965 die Loyalität der rd. 3 Mio. Chinesen in Indonesien angezweifelt, und der "chinesischen Gefahr" werden auch wirtschaftliche Schwierigkeiten Indonesiens angelastet. Suharto muß auf den emotionalen Widerstand gegen die "chinesischen Ausbeuter" Rücksicht nehmen, um bei der Anbahnung diplomatischer Beziehungen nicht als Chinesenfreund und Verräter der Nation dazustehen (NZZ, 17.10.).

JAPAN

(20) Empfang für 800

Gesellschaftlicher Höhepunkt der neu aufgenommenen

Beziehungen zu Japan war ein Empfang für 800 Personen am 25.10. Unter den 420 eingeladenen Japanern befand sich Aiichiro Fujiyama, führendes Mitglied der LDP. Dazu kamen die Leiter zahlreicher japanischer Freundschafts-, Kultur- und Gewerkschaftsdelegationen, die sich z.Zt. in Peking aufhalten (vgl. Tabelle Delegationen). Unter den Chinesen sind zu erwähnen Chou En-lai sowie der stellvertretende Premierminister Li Hsien-nien sowie der Präsident der China-Japan-Freundschaftsvereinigung, Liao Cheng-chih, der stellvertretende Außenminister Han Nien-Lung sowie der Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo (SWB 25.10.). (S.a. Außenhandel, Japan-VRCh).

(21) Verstimmung mit Tanaka vor Gesprächen in Peking

Wie erst nachträglich bekannt wurde, war der Besuch Tanakas in Peking zunächst in seinem Erfolg gefährdet. Ursächlich war die Äußerung des japanischen Sondergesandten Etsusaburo Shiina, der in Taiwan gesagt hatte, die japanische Regierungspartei, LDP, wolle alle japanischen Bindungen an Taiwan, also auch die diplomatischen, aufrechterhalten. Die Verhandlungsatmosphäre in Peking wurde erst dann freundlicher, als Tanaka seinen Verhandlungspartnern überzeugend klarmachen konnte, daß dies lediglich eine persönliche Meinungsäußerung von Shiina gewesen sei.

MALEDIVEN

(22) Diplomatische Beziehungen zu Malediven

Die Volksrepublik China und Malediven nahmen am 14. Oktober diplomatische Beziehungen auf. Die seit 1968 bestehende Inselrepublik im Indischen Ozean mußte im gemeinsamen Kommuniqué mit der üblichen Taiwanformel den chinesischen Alleinvertretungsanspruch der VRCh nicht nur "zur Kenntnis nehmen", sondern anerkennen. (Vgl. Themen des Monats, "Zur Aufnahme diplom. Beziehungen Bonn-Peking" Anm.10).

THAILAND

(23) Wirtschaftsbeziehungen zu Thailand

Nach der Rückkehr von einem zweiwöchigen Informationsbesuch in der Volksrepublik erklärte ein Staatssekretär des thailändischen Handelsministeriums als Delegationsleiter der ersten thailändischen Wirtschaftsdelegation nach Peking, China sei bereit zu geordneten wirtschaftlichen Beziehungen mit Thailand (NCNA, 18.10., Le Monde 31.10.)

Im Rahmen von Pekings beweglicher Außenpolitik darf dies als ein weiterer Schritt in die Richtung zukünftiger diplomatischer Beziehungen gewertet werden (C.a. Sept.72, S.7).

VIETNAM

(24) Peking zum 9-Punkte-Abkommen Hanoi-Washington

Pekings Stellungnahme zu dem von der nordvietnamesischen Nachrichtenagentur am 26.10. verbreiteten Neun-Punkte-Abkommen zwischen Hanoi und Washington läßt vorläufig zwei Schlüsse zu: Aus den Gesprächen

zwischen dem britischen und chinesischen Außenminister ging hervor, daß China und Großbritannien auf einer 30 Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens zusammenzurufenden internationalen Konferenz über Vietnam vertreten sein möchte (Times, 31.10.). Zweitens will Peking die Laos- und Kambodscha-Frage getrennt behandelt wissen.

Auf einem Bankett anlässlich seines 50. Geburtstages sekundierte Prinz Sihanouk in Peking: "Es kann nie möglich sein, daß das Friedensabkommen, das in der Zukunft von Vietnam und den Vereinigten Staaten möglicherweise verwirklicht wird, auch auf Kambodscha bezogen werden kann. Es wird niemals ein internationales Abkommen anerkennen, das in Gesprächen zustande gekommen ist, an denen es nicht teilgenommen hat." (Radio Peking, 30.10. (MD)).

(25) Chinesische Hilfe für Nordvietnam

Die im vergangenen Monat als Sensation empfundene waghalsige Blockadedurchbruchaktion eines chinesischen Minensuchbootes (vgl. dazu C.a. September 72, S.7) ist inzwischen schon beinahe Alltag geworden. Nunmehr sollen bereits 7 Minensuchboote den amerikanischen Minengürtel unterlaufen haben (ddp, 5.10.)

Eine dritte Erdölleitung vom Gebiet der VRCh nach Nordvietnam ist im Bau. Die erste Leitung war Ende Juni fertig geworden (C.a. Juli, S.6), die zweite konnte im August ihrer Bestimmung übergeben werden (C.a. August, S.7), und die dritte soll nun im November fertig werden (NZZ, 11.10.). Durch die neue Pipeline sollen monatlich 20 000 t Erdöl nach Nordvietnam fließen und dort wenigstens den Mindestbedarf der nordvietnamesischen Kriegsmaschinerie decken. Vor der Verminung der nordvietnamesischen Häfen (Mai 1972) waren nach amerikanischen Schätzungen ungefähr 40% des Erdölverbrauchs Nordvietnams auf dem Seewege ins Land gekommen.

Außenpolitik — Taiwan

(26) Kein Bruch mit Japan

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Taiwan haben sich beide Staaten gleichermaßen bemüht, einen harten, endgültigen Bruch zu vermeiden. Erst einen Monat nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen verzichtete man auf das Hissen der Landesflagge in den jeweiligen Botschaften (am 27.10.). Die japanische Botschaft in Taipei nimmt weiterhin die konsularischen Funktionen wahr. Der Zeitpunkt der Auflösung der beiden Botschaften ist zwischen beiden Ländern noch nicht festgelegt worden. Beide Staaten möchten jedoch innerhalb etwa eines Monats nichtstaatliche Büros für die Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen einrichten. Diese sollen auch die konsularischen Funktionen übernehmen (JT, 28.10.).

Durch verschiedene Maßnahmen zeigt Japan deutlich seinen Wunsch, unterhalb der offiziellen Ebene möglichst gute Beziehungen zu erhalten. So sollen die Rechte der China Air Lines in Japan weiterhin gewahrt werden. Der Status der Chinesen mit taiwanesischem Paß soll nicht verschlechtert werden. Der Status der in Japan arbeitenden taiwanesischen Mediziner soll unverändert bleiben (JT, 6.10.). Auch Taiwan zeigt seinen Willen zum Arrangement. Seit dem 12.10. wird es Seeleuten von 36 Staaten, die die Volksrepublik China anerkannt haben, nicht mehr erlaubt sein, in taiwanesischen Häfen an Land zu gehen. Ausgenommen hier-

von sind Seeleute aus Japan, Großbritannien, Kanada, West-Deutschland und Italien, obwohl auch diese Staaten die Volksrepublik anerkannt haben (JT, 16.10.).

Internationale Organisationen und Konferenzen

(27) Chinas Äußerungen zu Abrüstung und Gewaltanwendung vor der UNO

In der Abrüstungsdebatte am 24.10. auf der UNO-Generalversammlung äußerte sich der chinesische Vertreter, Ch'en Ch'u, gegen eine weltweite Abrüstung. Da China eher den Imperialismus als den Rüstungswettlauf für die fundamentale Ursache des Krieges in der Gegenwart hält, ist die Stärkung der Selbstverteidigung kleiner und mittlerer Länder gerechtfertigt. Die Abrüstung geht, nach Ch'en Ch'u, in erster Linie die "großen" und "imperialistischen" Mächte an.

Ch'iao Kuan-hua unterschied in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Er sagte weiter: "Solange Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus noch im Dienste der Versklavung, der Aggression, der Kontrolle und der Bedrohung einer Mehrheit der Länder dieser Welt stehen, bedeutet die Befürwortung bedingungslosen Gewaltverzichtes in den internationalen Beziehungen Verrat an den Völkern der Welt" (voller Text der Rede: PRu 1972/41).

Gleichsam in inhaltlicher Ergänzung hierzu stellte Huang Hua auf der Plenarsitzung der Vollversammlung am 20.10. fest, daß die Unabhängigkeit eines Landes grundsätzlich nur durch seine eigene Kraft errungen und erhalten werden könne. Er befürwortete die Gewaltanwendung als eine der entscheidenden Methoden zur Beseitigung der kolonialen Unterdrückung, jedoch verurteilte er die Ermordung und Entführung von Einzelpersonen als Maßnahme des politischen Kampfes. Die Chinesen seien auch gegen Terrorakte einzelner oder weniger Abenteurer, die sich von der Masse entfernten.

Chiao Kuan-hua stellte sich in seiner Rede außerdem hinter den jugoslawischen Vorschlag, das Mittelmeer von Kriegsflotten der Supermächte zu säubern und zu einem Meer der Anrainerstaaten zu machen. (Zur chines. Mittelmeerpolitik vgl. C.a., April, S. 10 ff., Juni S. 18 ff., Juli S. 20 ff.). Er hob außerdem hervor, daß die weitere Existenz der UNO-Korea-Kommission und der Verbleib der 40 000 Mann starken UNO-Truppe in Korea ein Anachronismus sei. Vor allem diesen beiden Faktoren sei es zuzuschreiben, daß die Verständigung zwischen den beiden koreanischen Teilstaaten so langsame Fortschritte mache.

(28) UNO-Budgetkommission

China wird in den nächsten fünf Jahren seinen Beitrag zu den UNO-Ausgaben von bisher 4 auf 7% erhöhen. Damit wird es zum drittgrößten Geldgeber nach den Vereinigten Staaten (bisher 31,5% der UNO-Gesamtkosten) und der Sowjetunion, die zusammen mit der Ukraine und Weißrußland 16,55% trägt. Frankreich und Großbritannien steuern jeweils 6% bei, also weniger, als China in Zukunft zu zahlen bereit ist. Japan will seinen Beitrag von 5,8 auf 7% erhöhen, läge dann also gleichauf mit der VRCh.

Hsing Sung-i, der im Budgetkomitee der Generalversammlung diese - bisher ohne Beispiel dastehende - Mitteilung von der freiwilligen Erhöhung des chinesischen Beitrags machte, teilte zugleich mit, daß die VRCh nicht mit unbeglichenen Forderungen konfrontiert werden möchte. Auf das chinesische Konto gingen zwar immer noch 16,6 Mio. an Schulden, doch sei Taiwan für dieses Soll verantwortlich. In diesem Zusammenhang forderte Hsing ferner, daß aus dem UN-Haushalt für 1973 drei Posten gestrichen werden sollten, nämlich die Ausgaben für die UNO-Präsenz in Korea, ferner für die Büros des UNO-Kommissars für Flüchtlingsfragen, die sich mit Flüchtlingen aus Tibet und aus Festlandchina befaßten, und ferner für "Befriedungsmaßnahmen" im Mittleren Osten und im Kongo.

Peking sollte für 1972 7,1 Mio. Dollar zahlen, hat bisher aber nur 350 000 Dollar überwiesen und den Rest zurückgehalten, weil diese Teilsumme seiner Ansicht nach für eine jener drei Aufgaben eingesetzt werden soll, die Peking ja für tabu erklärt hat!

In diesem Zusammenhang hob Hsing noch hervor, daß das Chinesische nicht nur als offizielle, sondern auch als Arbeitssprache in der Weltorganisation verwendet werden solle. Würde diesem Verlangen stattgegeben, so müßten sämtliche Dokumente auch in Chinesisch herausgegeben werden. Nach Schätzung von UN-Sachverständigen würde eine solche zusätzliche Leistung Kosten in Höhe von rd. 1 Mio. Dollar verursachen (IHT 11.10.). Chinesisch ist bisher eine der fünf offiziellen Sprachen, in die alle Debatten der Vollversammlung übersetzt werden; es wird aber nur selten in Dokumenten verwendet. Der chinesische Vertreter will seinen Antrag nunmehr auf die Tagesordnung der Vollversammlung für 1973 setzen.

(29) Atomenergie-Organisation

Die VRCh beteiligt sich nicht an der 16. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), die z.Zt. in Mexico City tagt. Nach den Worten eines Sprechers der chinesischen Botschaft in Mexico City will die Regierung in Peking die Atomenergie-Organisation der Vereinten Nationen so lange boykottieren, bis diese ihre Beziehungen zu Taiwan vollständig abgebrochen hat (Die Welt, 29.9.).

(30) UNESCO

Bei der diesjährigen 17. Generalversammlung der UNESCO, die am 17. Oktober in Paris begann und bis 18. November dauert, nimmt zum ersten Mal eine Delegation der VRCh teil.

Bei langwierigen Debatten über die Legitimität der Vertreter von Kambodscha und Süd-Vietnam verließ die chinesische Delegation den Saal, sobald Vertreter der beiden Staaten ihren Standpunkt verteidigten. Obwohl das Plenum in beiden Punkten nicht im Sinne Pekings entschied, wurde der Repräsentant eines Staates anerkannt, den sowohl die Sowjetunion wie Peking unterstützen: Nord-Korea.

(31) UNO-Ausschuß für Wirtschafts- und Finanzwesen

China trat auch beim zweiten Ausschuß der UNO-Vollversammlung für Wirtschafts- und Finanzwesen, der am 26. September in Genf tagte, gegen die "Hegemoniedoktrin der Supermächte auf wirtschaftlichem Gebiet" auf und versuchte, die Länder der Dritten Welt "maximal zu vereinen". China gehöre - wie die meisten

Staaten der Welt - ebenfalls zu den Entwicklungsländern. Das chinesische Volk stehe deshalb entschlossen auf der Seite der verschiedenen Völker der Welt, um dagegen anzukämpfen, daß Fragen wie die Reform des internationalen Währungssystems oder des internationalen Handels allein von den Supermächten entschieden würden (Radio Peking, 8.10.).

(32) Welthandelsrat

Vom 3. bis 20. Oktober fand in Genf die 12.

Tagung des Welthandelsrates (Trade and Development Board = TAD), des ausführenden Organs der Welthandelskonferenz (UNCTAD) statt.

Der chinesische Vertreter nahm zu den anstehenden technischen Fragen zunächst keine Stellung. Er beschränkte sich im wesentlichen auf die Erklärung, daß China selbst ein Entwicklungsland sei und daß es, obgleich vorerst nicht die Absicht bestehe, an den vorgeschlagenen multinationalen Verhandlungen teilzunehmen, wie immer fest an der Seite der Länder der Dritten Welt stehen werde (Näheres über die bei der Tagung angesprochenen Probleme vgl. in BfA/NFA 11.10.).

(33) Erfolge der chinesischen Außenpolitik

"Hsinhua" veröffentlichte am 11.10. (NCNA 11.10.) einen stolzen Bericht über die "bemerkenswerten Erfolge Chinas im Bereich der außenpolitischen Beziehungen".

Mit anderen sozialistischen Ländern, nämlich "mit Albanien, Korea, Vietnam und Rumänien" (nur diese vier Länder gelten also als sozialistische Staaten!) habe China seine brüderliche revolutionäre Einheit weiterhin vertieft.

Bedeutsam seien auch die Erfolge bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen gewesen. Allein in den ersten 9 Monaten des Jahres 1972 habe China diplomatische Beziehungen mit Mexico, Argentinien, Malta, Mauritius, Griechenland, Guyana, Togo, Japan und mit der BRD aufgenommen. Mit Ghana habe man die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt, und im Verhältnis zu Großbritannien und den Niederlanden seien die Vertreter von Geschäftsträgern auf den Rang von Botschaftern emporgehoben worden.

Neben dem amerikanischen Präsidenten hätten in den ersten 9 Monaten des Jahres 1972 nicht weniger als 30 Staats- und Regierungschefs, Außenminister und andere hohe Regierungsvertreter sowie Regierungsdelegationen China besucht. Überdies seien bis September 50 Delegationen der verschiedensten Art sowie Persönlichkeiten aus allen sozialen Kreisen "von über 90 Ländern und Regionen der fünf Kontinente" nach China gekommen. Zugleich hätten chinesische Delegationen etwa 50 Länder besucht.

Zu den Hauptbesuchern gehörten Amerikaner und Japaner. In den ersten neun Monaten kamen 3700 Japaner und 50 Amerikaner aus verschiedenen Gesellschaftskreisen.

Auch die Sportler hätten einen regen Austausch zu verzeichnen. Chinesische Tischtennis-, Badminton-, Eislauf- und Turnerdelegationen hätten bis September 52 Länder oder Regionen, darunter 16 Länder überhaupt zum ersten Mal, besucht. Von diesen 16 Ländern unterhalten einige bisher keine diplomatischen Beziehungen mit der VRCh. In der gleichen

Zeit besuchten Sportlerdelegationen aus 38 Ländern, darunter 9 Länder, die mit China keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, die Volksrepublik. Tischtennismannschaften aus 31 Ländern Asiens nahmen an den ersten Asiatischen Tischtennismeisterschaften in Peking teil.

Auch der Außenhandel sei beachtlich. China unterhalte heute "mit über 130 Ländern und Regionen der Welt" Handelsbeziehungen. In den ersten neun Monaten ds.Js. habe China 24 Handelsdelegationen und Delegierte nach 21 Ländern und Regionen entsandt. In der gleichen Zeit seien 84 Wirtschafts- und Handelsdelegationen, sowie Repräsentanten von Handelskreisen aus 30 Ländern und Regionen nach China gekommen. China habe Handelsabkommen und -protokolle mit 26 Ländern unterzeichnet, mit der Folge, daß die Zunahme des Handelsvolumens größer sei als im vergangenen Jahr. Chinesische Hochseeschiffe liefen Häfen in 62 Ländern und Regionen aller fünf Kontinente an. Groß sei auch die Zahl der Besucher bei der Frühjahrs-Exportmesse in Canton gewesen. Darüber hinaus habe China in den vergangenen Monaten an einer Reihe von Wirtschafts- und Handelsausstellungen im Ausland teilgenommen und zahlreiche Länder eingeladen, Ausstellungen in Peking oder anderen Städten des Landes zu veranstalten.

INNENPOLITIK

(34) Neues Interview mit Chou En-lai

Bei einem Interview mit einer aus 22 Journalisten bestehenden Delegation der "Amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsverleger" unterhielt sich Chou En-lai am 9. Oktober von 22,30 Uhr bis 2,10 Uhr am nächsten Morgen.

Dabei sprach er u.a. folgende fünf Punkte an:

1. Kollektive Führung: China bereite sich schon jetzt auf ein kollektives Führungssystem vor, das eines Tages die alte Mao-Chou-Ära beenden solle. Wer dieser Führung angehören wird, wurde nicht klar. Es fiel allerdings immer wieder der Name eines Mannes, der mit zu dieser Gruppe gehören dürfte, nämlich Yao Wen-yüan, enger Verbündeter der Mao-Gattin Chiang Ch'ing und vermutlich auch Schwiegersohn des Vorsitzenden. Auf Lin Piao angesprochen, meinte Chou "Wie kann ein so großes Land mit so vielen Problemen nur einen einzigen Nachfolger haben?" Er verwies in diesem Zusammenhang auf Tausende von jüngeren und im mittleren Alter stehenden Parteiangehörigen, die z.T. schon seit 30 Jahren Mitglieder der Partei seien. (Zur Lin Piao-Affäre vgl. Dokumentenanhang).
2. Das Taiwan-Problem: Chou legte einen Stufenplan vor, der für die schrittweise Übernahme der Provinz Taiwan maßgebend sein könnte. Dabei deutete er auf die sino-kommunistischen Erfahrungen auf dem Festland seit 1949 hin. Die Kommunisten hätten hier während der ersten sieben Jahre alle jene kapitalistischen Unternehmen in ihren Betrieben weiterbeschäftigt, deren die Volkswirtschaft bedurft habe. In den darauffolgenden zehn Jahren habe der Staat den ehemaligen kapitalistischen Eigentümern der Betriebe 5% des enteigneten Kapitalwertes bezahlt. Seit 1966 schließlich bekämen die ehemaligen Kapitalisten als Angestellte des Staates die üblichen Löhne. Ein ähnlicher Stufenplan könne auch für Taiwan maßgeblich sein. "Vielleicht wird es dort sogar noch mehr Stationen des Überganges geben, aber im Augenblick kann ich noch nicht mehr darüber

sagen."

Es sei für die VRCh auch nicht besonders schwierig, den vollen Haushalt Taiwans von 800 Mio. US Dollar zu übernehmen. "Wenn wir die Provinz einmal übernommen haben, werden wir die Lasten des Volkes auf keinen Fall vermehren." Möglicherweise war dies ein Hinweis darauf, daß China die Steuern abschaffen und stattdessen Entwicklungsprojekte mit Hilfe von Subsidien statt mit Steuereinkünften finanzieren werde.

3. Wirtschaftsprobleme: Chou En-lai betonte, daß China nach wie vor die erste Stelle der Landwirtschaft, die zweite der Leichtindustrie und die dritte der Schwerindustrie einräume. Auch der Umweltschutz wurde angesprochen: Man habe nicht vor, die 1,7 Mio. Fahrräder in Peking durch Automobile zu ersetzen, selbst wenn dies möglich wäre. "Peking würde nämlich dann genauso verschmutzt sein wie New York, und man könnte sich wohl kaum noch auf den Straßen bewegen".
4. Chinas Verhältnis zur Sowjetunion: Der Ministerpräsident ließ durchblicken, daß die Sowjetunion für sein Land nach wie vor der Feind Nr.1 sei. Die sowjetischen Aktionen entlang der chinesischen Grenze seien provokativ. Im übrigen machte sich Chou über den Informationsdienst der Russen lustig. Die Japaner und die "CIA-Zweigstelle in Hong Kong" seien weit besser informiert als der Intelligence Service der Sowjetunion, obwohl Moskau die weitestgrößte Botschaft in Peking unterhalte. Was im übrigen die sog. "Expansionsgelüste Chinas" anbelange, so seien sie frei erfunden. Trotz der verheerenden Trockenheit in Nordchina, die nun schon neun Jahre lang anhalte, habe das Land im laufenden Jahr immerhin 250 Mio.t Getreide erzeugt und könne diese Menge auch noch erweitern. Seien doch gegenwärtig nicht mehr als 12-13% der gesamten Oberfläche Chinas landwirtschaftlich bebaut. Wozu also expandieren?
5. Zum Verhältnis mit den USA: Chou sprach sich positiv über den immer stärker werdenden Strom von Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Besuchern aus, die aus Amerika nach China kämen. Er selbst, Chou En-lai, und auch Mao Tse-tung könnten in absehbarer Zeit auf keinen Fall in die Vereinigten Staaten reisen, solange nämlich die Regierung Chiang Kai-shek dort noch immer ihre offizielle Vertretung unterhalte. "Vielleicht könnte ich gehen, wenn ich zurücktreten würde. Vielleicht werde ich auch als Mitglied der Tischtennismannschaft dorthin reisen." Wieder ernster werdend wies Chou darauf hin, daß China nicht am Aufbau gemeinsamer sino-amerikanischer Betriebe interessiert sei. Man habe seine "Joint Ventures"-Erfahrungen bereits mit der Sowjetunion gemacht. 1958 habe z.B. Chruschtschow, der damalige Sowjet-Premier, den Chinesen vorgeschlagen, gemeinsam mit China eine Marine aufzubauen, doch habe Mao, der hinter diesen Vorschlägen sofort die sowjetische Absicht erkannt habe, die chinesische Marine zu kontrollieren, ein solches Ansinnen zurückgewiesen (im einzelnen vgl. CSM, IHT und Times, alle 10.10.).

Die Andeutungen Chou En-lais gegenüber den 22 amerikanischen Journalisten zum Thema "kollektive Führung" nach Mao hatte in der westlichen Presse so starkes Echo ausgelöst, daß sich die Volkszeitung genötigt sah, einen ergänzenden Kommentar abzugeben. Am 13. Oktober widmete sie eine ganze Seite der Diskussion dieses Problems, ohne allerdings Namen zu nennen. Offensichtlich